

Gegen die Herrschaft der Banken & Konzerne

„Die Marktwirtschaft ist eben grausam“. Nein, dabei handelt es sich um kein Zitat von Karl Marx. Es stammt vielmehr vom zweiten Nationalratspräsidenten, dem freiherrlichen Thomas Prinzhorn (Profil: 28.5.2001). Und recht hat er!

SASCHA PIRKER,**SLP
WIEN SÜD**

Von 1.-3. Juni treffen sich in Salzburg die Spitzen der Globalisierung, bei ihrer alljährlichen Europakonferenz, einer der mächtigsten Organisationen, das Weltwirtschaftsforum (WEF). Coca Cola, Volkswagen oder Reuters sind nur einige der im WEF vertretenen Konzerne. Und siehe da, auch Frank Stronachs MAGNA Konzern taucht in der Liste der unterstützenden Unternehmen auf. Nebenbei war in diesem Konzern Finanzminister Grasser vor seinem Amtsantritt als leitender Manager beschäftigt.

Die EU-Osterweiterung wird ein besonderer Schwerpunkt beim Salzburger Treffen sein. Also die Frage, wie das Arbeitskräftepotential der osteuropäischen Staaten möglichst effektiv ausgebeutet werden kann. Unter dem lapidar klingendem Schlagwort „Strukturanpassungsmaßnahmen“ sollen diese Staaten „europafit“ gemacht werden. Wohin diese Politik der ausländischen Investitionen und Kredite unter diesem Schlagwort geführt haben, sehen wir seit Jahrzehnten an der Dritten Welt: Unter dem Einsparungs- und Rückzahlungszwang werden die ohnehin schon äußerst niedrigen Sozialstandards werden noch weiter nach unten gedrückt.

Doch auch die Länder der sogenannten ersten Welt sind betroffen. Die zur Religion erhobene These „des schlanken Staates“ ist die zentrale Forderung des WEF. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als weitere Privatisierungen. Und die kosten vielen Menschen nicht nur ihre Jobs, sondern bringen auch schlechtere Gesundheitsvorsorge, schlechte Ausbildung und schließlich schlechteres und vor allem teureres Service z.B. bei Bahn, Müll oder Wasser mit sich.

Eine andere Forderung ist die nach „wirtschaftsfreundlichen“ Strukturen.

Darunter dürfen wir zum Einen verstehen, dass mit Steuergeldern Infrastruktur (wie z.B. Strassen) geschaffen bzw. erhalten werden soll. Andererseits heißt das aber auch wieder, dass öffentliche Betriebe zerschlagen bzw. privatisiert werden soll. Bestes Beispiel dafür sind die Pläne von Infrastrukturministerin Forstinger, die ÖBB in zwei getrennte Unternehmen zu splitten. Die eine soll sich um den Personen-, die andere um den Güterverkehr kümmern. Ein Weg der übrigens schon in Britannien bei der Privatisierung eingeschlagen wurde und durch die jetzt auftretenden Sicherheitsmängeln duzenden Menschen das Leben gekostet hat. Oder aber Unternehmen werden zu Spottpreisen an der Böse verschleudert. Hier sei nur kurz auf das Beispiel der Telekom Austria verwiesen und die vielen Menschen, die wohl doch keine Aktienmillionäre werden.

Die wesentlichste Konstante bei Privatisierungen ist der einhergehende massive Stellenabbau. So wurde z.B. nach der Privatisierung der AMAG die Belegschaft um 6800 MitarbeiterInnen auf 1200 gekürzt. Tausende Stellen gehen und gingen auch bei der, sich auf die Privatisierung vorbereitenden Post verloren. Österreich wird umgebaut, ganz im Sinne der Wirtschaft.

BLAUSCHWARZER WANDEL

Nach einem Jahr im Amt, fühlt sich die Regierung jetzt offenbar stark genug, die blauschwarze Wende überall durchzusetzen. Das heißt, dass in vielen Vorstandsetagen staatsnaher Betriebe und Verwaltungen das Management der neuen Farbenpracht angepasst wurde. Das gelang in den meisten Fällen auch ohne großen Widerstand. Nur bei Hans Sallmutter, dem Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger nicht. Zwar ohne die eigene Gewerkschaftsbasis



zu mobilisieren, gelang es ihm, seine Absetzung juristisch zu verhindern. Um diese neuerliche „Blamage“ (nach den Ambulanzgebühren) zu übergehen, will die Regierung jetzt mit einer Novelle des §58 ASVG, den ungeliebten Gewerkschafter aus dem Amt jagen.

MOBILISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Keine Regierung will sich mit Institutionen wie dem WEF verscherzen, sondern vielmehr die Rolle eines Musterschülers einnehmen. Daher ist damit zu rechnen, dass auch die für 2003 angekündigte Steuerreform wieder einmal die schon lächerlich niedrige Gewinnsteuer von 34% noch weiter senken wird. Daher wäre natürlich die Mobilisierung nach Salzburg von Seiten der Gewerkschaften besonders wichtig. Ja sogar essentiell, doch leider ist gerade von Seiten des ÖGB nicht damit zu rechnen. In Nizza waren die Gewerkschaften stark vertreten, um für die noch übergebliebenen Reste der europäischen Sozialstaaten, für

die Rechte von ArbeitnehmerInnen und der Jugend, gegen den Neoliberalen Wahn der EU zu kämpfen. Aber auch da mobilisierte der ÖGB nicht hin, sondern schickte lediglich medienwirksam ein paar Vertreter.

WIDERSTAND INTERNATIONAL!

In Salzburg werden die Weichen für Maßnahmen gestellt, die uns alle betreffen. Nein demokratisch ist dieses Vorgehen natürlich nicht, demokratisch war und wird der Kapitalismus nie sein. So offensichtlich wie in Davos oder Salzburg wird das nur selten. Das sind Momente, in denen sich die bürgerliche Demokratie in all ihrer Lächerlichkeit entlarvt, in denen sie offenbart, wie wenig es für die Massen zu entscheiden gibt. Organisationen wie ATTAC kratzen mit ihren Vorstößen gerade einmal an der Oberfläche. Ihre Hauptforderung ist die Einführung der Tobin Tax zur Besteuerung von Finanzspekulationen.

Am Kapitalismus selbst wird aber nicht gerüttelt und bietet deshalb auch nur eine „zahnlose“ Opposition an. So können die ganzen Anti-Globalisierungsbewegungen in ihrer ganzen Breite nur ein Anfang sein.

Die dem Salzburger Treffen voran gegangenen Proteste bei ähnlichen Veranstaltungen, haben gezeigt, dass der Ärger groß ist. Vor allem junge Menschen stehen den Strukturen von Politik und Wirtschaft ablehnen gegenüber. Der Reigen der Gipfeltreffen bricht nach Salzburg nicht ab. Im Juli treffen sich die Spitzen der G8 Staaten im italienischen Genua, im Dezember beraten die Regierungen der Europäischen Union die Immigrationsfrage in Brüssel. Zu befürchten ist auch in Salzburg, wie schon zuvor in Seattle oder Prag, ein hohes Polizeiaufgebot und die damit verbundenen Repressionen. Der Staat rüstet gegen seine „BürgerInnen“. Das Kapital organisiert sich. Stehen wir dieser Entwicklung nicht nach, setzen wir dem globalen Kapitalismus, globalen

Sozialismustage 2001

An drei Tagen finden Veranstaltungen und Diskussionen zu aktuellen, historischen und grundsätzlichen Themen statt. TeilnehmerInnen aus ganz Österreich sowie internationale VertreterInnen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale werden über Fragen wie revolutionäre Prozesse in Südostasien und Lateinamerika und die Relevanz des Marxismus heute diskutieren.

Anmeldung ab sofort unter: 01-524 63 10 sowie slp@slp.at.

26.-28.10.2001 in Wien**EU und Nationalstaat**

Sind die Ziele der EU die glorreiche Fortsetzung der Französischen Revolution des 18. Jahrhunderts? Er kämpft die Bourgeoisie die Einigung des einst von Kriegen durchzogenen Kontinents? Steuern ihre (mehrheitlich) sozialdemokratisch/grünen Kapitane das Schiff in den Hafen der Vollbeschäftigung? Wird der EURO die Schranken des Nationalstaats aufheben und Aufschwung für alle bieten? Glaubt man den Sonntagsreden hoher Politiker, dann ja. Sieht man sich die Sache näher an, dann nein. Wir haben uns die Sache näher angesehen.

Seite 4 und 5**Widerstand international**

20.Juni:

Globalisierung in Margareten: Widerstand global und lokal
um 19.00 in Margareten in der VHS-Stöbergasse

1. Juli:

Auf nach Salzburg

Demonstration gegen das WEF-Treffen

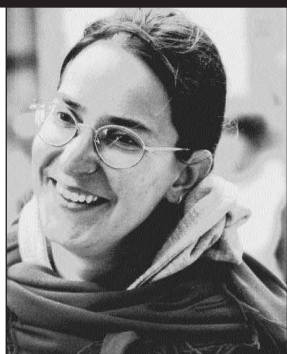
21. Juli:

Auf nach Genua

Demonstration gegen den G7/8-Gipfel

ANMELDUNG UNTER: 01-524 63 10, WWW.SLP.AT

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



VON SONJA GRUSCH

„DOBERMANN“ WIRD VOLKSANWALT

Vor einigen Jahren gab es sie noch im Fernsehen, die VolksanwältInnen. Manchmal habe ich mir die Sendung angesehen. Schließlich ging es darum, wie sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten und Schikanen wehrten. Der neue SPÖ-Volksanwalt Peter Kostelka möchte die Sendung wieder ins Fernsehen bringen. An sich nicht schlecht. Schlecht wird mir allerdings bei dem Gedanken, wer mir da in den nächsten Jahren aus dem Bildschirm entgegengrinsen könnte: der neue FPÖ-Anwalt Ewald Stadler. Der Dobermann der FPÖ, als Klubobmann und langjähriger Haider-Getreuer, verheißt nichts Gutes. Ein Populist ist er sicher. Eine Politik für „die Kleinen“, die von „den Großen“ benachteiligt oder gar über den Tisch gezogen werden, ist von ihm auch nicht zu erwarten. Insbesondere dann nicht, wenn die Großen und Mächtigen blauer Coleur sind. Ebensovienig wie die FPÖler „VolksvertreterInnen“ sind, ist Stadler Anwalt des Volkes. Mit einem Monatseinkommen von über ATS 160.000,- ist es schwer zu wissen, wo der breiten Masse der Schuh drückt. So weit so schlecht, von der FPÖ habe ich ja eigentlich ohnehin nichts anderes erwartet. Bezeichnend ist in der Causa Volksanwaltschaft aber auch die Haltung der SPÖ. Ganz nach dem Motto „Tust du mir nichts, tu ich dir nichts“ wurde kein Einspruch gegen Stadler laut. Laut Gesetz haben die drei stärksten Nationalratsfraktionen das Recht, je eineN Volksanwalt/-anwältin zu nominieren. Der Dreivorschlag wird dann im Nationalrat abgestimmt. Die SPÖ muss also keineswegs für Stadler stimmen. Sie könnte darauf verzichten, eineN eigeneN Kandidaten/in aufzustellen bzw. sie könnte Stadler die Stimme verweigern. Gründe dafür gibt es spätestens, seitdem in der Spitzelaffäre auch gegen Stadler Voruntersuchungen geführt wurden genug.

Eine Hand wäscht die andere!

Aber die SPÖ hat von diesen Möglichkeiten nicht Gebrauch gemacht. Um den eigenen Kandidaten Peter Kostelka durchzubringen, wird wohl auch für Stadler gestimmt werden. Aber darf denn eine Partei der anderen reinreden, wen sie nominiert? Ja natürlich! Wer 1.) Oppositionspolitik betreiben will und 2.) behauptet, auf der Seite der ArbeitnehmeInnen zu stehen, hat sogar die Pflicht, sich zu Personalentscheidungen anderer Parteien zu äußern. Aber für echte Oppositionspolitik ist die SPÖ ohnehin nicht zu haben. Letzlich Konsens bei der schulischen Erziehungspolitik, Zustimmung zu Privatisierungen (der Verkauf der Kelag in Kärnten mit SPÖ-Stimmen), sowie eine Regierungspolitik, die nur die Fortsetzung der SPÖ-Budgetkonsolidierung ist. Die einzige wirkliche Opposition, zu der die SPÖ fähig ist, ist jene zu einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik. Hier sitzen SPÖler nach wie vor an den Schalthebeln und bremsen. Auf einen Dobermann in der Volksanwaltschaft kann ich ebenso verzichten wie auf den Pudel SPÖ, der für den Knochen Kostelka brav sitzen bleibt.

SLP-Finanzen:

Keine Sommerpause!

Nachdem nun auch schon der Mai vorbei ist, kommt langsam aber sicher die politisch ruhigere Zeit auf uns zu. Auf der einen Seite ist das auch gut. Endlich Zeit, um Dinge zu erledigen, die seit Monaten aufgeschoben werden und wurden. Auf der anderen Seite heißt das auch, dass es weniger Möglichkeiten gibt durch Spenden oder den Verkauf unserer Materialien Geld zu machen. Besonders ungünstig wird das dann, wenn man/frau ohnehin schon einen kleinen Berg von Außenständen angehäuft hat. Eigentlich bemühen wir uns jedes Jahr mit einem kleinen „Finanzpösterchen“ in die Sommerpause zu gehen. Davon kann heuer keine Rede sein.; es wird schwer genug werden ohne gröbere Schulden in den Sommer zu gehen. Daher gibt es im Juni auch eine Reihe von Aktivitäten der SLP. Darüberhinaus

sind wir aber auf Eure bzw. Deine Spenden angewiesen.

	100%
DAS ZIEL FÜR JUNI BIS ENDE AUGUST IST ÖS 65.000.-	90%
	80%
	70%
	60%
	50%
	40%
	30%
	20%
	10%

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U

Verteidigt die Abtreibungsklinik Mairo!

Abtreibung ist Frauenrecht!

Nach der Abtreibungsklinik am Fleischmarkt hat Pro-Life nun die Mairo-Klinik aufs Korn genommen. Wieder werden Frauen beschimpft, bedroht und anderwertig belästigt.

CLAUDIA SORGER, SLP FRAUENSPRECHERIN

Wie wir schon in einer unserer letzten Ausgaben berichtet haben, gehen die radikalen Abtreibungsgegner von „Ja zum Leben“- Teil der militanten „Human Life International“- einmal mehr in die Offensive. Nicht genug, dass sie schon seit Jahren, Frauen vor Abtreibungskliniken mit ihrer Greuelpropaganda belästigen, führen sie ihren „Krieg“ jetzt auf gerichtlichem Weg. Nachdem sie sich die Wohnung, in der sich die Klinik Mairo befindet, angeeignet haben, bedrohen sie die Existenz der Klinik mit einer Räumungsklage.

WER UNTERSTÜTZT PRO-LIFE?

Der ideologische Hintergrund dieser Extremisten kommt nicht zuletzt dadurch zum Vorschein, dass sie dabei von der Anwaltskanzlei Böhmdorfer-Gheneff vertreten werden. Worum es in diesem Prozess wirklich geht, war an den vergangenen Verhandlungsterminen zu sehen: Die BetreiberInnen der Klinik, ÄrztInnen und PatientInnen sollen eingeschüchert werden. Videoaufzeichnungen und Fotos, die ständig von den „Ja zum Leben“-Aktivisten rund um die Klinik gemacht werden, wurden als Argumente angeführt. Die Rechtsanwältin Gheneff erkundigte sich immer wieder nach Verbindungen zu den OrganisatorInnen der Kundgebungen zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung (also uns).

BETEN FÜR BLAUSCHWARZ!

Die militanten Abtreibungsgegner beten für die jetzige Regierung, was uns nicht wundert, da sie ja auch ideologisch von ihr unterstützt werden. So nimmt beispielsweise Minister Haupt, der schon in der Vergangenheit für eine Verschärfung der gesetzlichen Situation eingetreten ist, an einer Veranstaltung der Burschenschaft Norica zum Thema „Ungeborenes Leben“ teil. Was daran abzulesen ist, dass ein von den meisten für selbstverständlich gehaltenes Recht wieder öffentlich angegriffen wird.

KAMPAGNE GEGEN PRO-LIFE

Schon in den letzten Monaten haben wir versucht, gegen den Terror von „Ja zum Leben“ aufzutreten: mit Gegenkundgebungen (jeden letzten Samstag im Monat veranstalten die „Ja zum Leben“-AktivistInnen eine Betorgie vor der Klinik), Veranstaltungen, Sammeln von Kampag-

nenkarten bei den AnrainerInnen etc. Die radikalen Abtreibungsgegner zeichnen sich in ihren Aktivitäten durch eine Beharrlichkeit aus, die ebenso wie ihre immer gleiche Propaganda Bestandteil ihres international angewendetem Programms ist. Jetzt gilt es zu verhindern, dass sie mit ihrer Taktik Erfolg haben. Wir haben vor, die Kampagne in den nächsten Monaten verstärkt zu führen und neben den Aktivitäten rund um die Mairo Klinik auf eine Große Demo gegen den „Marsch für das Leben“ (wird jedes Jahr von „Ja zum Leben“ Mitte August abgehalten) hinzuarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen und die Kampagne auszuweiten, rufen wir Euch auf, euch an der Kampagne zu beteiligen.

KAMPAGNEN TERMINE

23. und 30. Juni von 8.30-11.00 vor der Mairo Klinik (2, Gr. Sperlg. 33)
29. Juni, 19.30 Cafe Sperlhof (2, Große Sperlg./Ecke Pfarrg.) Veranstaltung zum Thema „Schluss mit dem Terror von Pro Life“, Wie das Recht auf Abtreibung verteidigen“



Verwandle Wut in Widerstand: Aktiv mit der SLP gegen den Terror von Pro-Life

ÖGB unter Druck

Neue Bildungsgewerkschaft

Seit Monaten haben LehrerInnen in ganz Österreich ihre Kampfbereitschaft gezeigt, allen voran in Vorarlberg. Dort hat die Politik der GÖD-Führung nun zur Gründung der „Unabhängigen Bildungsgewerkschaft“ (UBG) geführt. Die Zukunft der UBG ist ungewiss, an Unterstützung mangelt es aber nicht.

KEN HORVATH, SLP WIEN SÜD

Schon im Herbst stießen die geplanten Verschlechterungen im Dienstrecht auf heftigen Widerstand. So sprachen sich Österreichweit 90% der AHS-LehrerInnen für Kampfmaßnahmen aus. Dieser Druck zwang die Gewerkschaftsbürokratie, für den 5. Dezember 2000 einen Warnstreik zu organisieren. Das war freilich zu wenig – und zu spät. Am selben Tag wurde jenes Budgetbegleitgesetz beschlossen, das den Unmut unter Lehrenden hatte steigen lassen.

UNMUT IN VORARLBERG

Besonders zugespitzt war die Situation in Vorarlberg. 96% der Vorarlberger LehrerInnen lehnten sowohl den Regierungs- als auch den Gewerkschaftsvorschlag zur Neuregelung der Gehälter ab. Kaum verwunderlich, hätten doch beide Modelle Verschlechterungen bedeutet. Die Variante, beide abzulehnen, war auf den Stimmzetteln der Gewerkschaft nicht vorgesehen. Das war, neben fehlender Information, ein Hauptgrund für die österreichweite Zustimmung zum Gewerkschaftsvorschlag. Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie sorgte für Unmut und Irritation.

Trotz mehrfacher Voten für einen Streik, ist bis heute keiner organisiert worden. Stattdessen wurde neu befragt. Bei den AHS-LehrerInnen wurde dabei eine Floskel eingebaut, der zufolge an den Gymnasien nur gestreikt würde, wenn sich andere Bereiche anschließen. Dazu kam eine zweifelhafte Quorenregelungen: Es mussten nicht zwei Drittel aller abgegebenen, sondern zwei Drittel aller möglichen Stimmen für konkrete Maßnahmen sein. LehrerInnen in Karenz oder Krankenstand sowie aus Schulen, an denen überhaupt nicht befragt wurde, wurden automatisch als Stimmen gegen Maßnahmen gezählt. Am 28. März demonstrierten 4000 (von insgesamt 6000!) Vorarlberger LehrerInnen in Feldkirch gegen die Maßnahmen der Regierung. Sie forderten ein entschlossenes Vorgehen der GÖD – über 90% hatten sich zuvor erneut für einen

Streik ausgesprochen. Die Gewerkschaftsbürokratie ließ sich nicht beirren. Am 21. Mai lehnte sie den Streikantrag aus Vorarlberg ab. Sie weigerte sich, die 6000 LehrerInnen bei Kampfmaßnahmen zu unterstützen.

UBG GEGRÜNDET

Mehr als 200 Vorarlberger LehrerInnen sind in der Folge aus der Gewerkschaft ausgetreten – gute 10% der gewerkschaftlich Organisierten. Die meisten davon sind zur Unabhängigen Bildungsgewerkschaft gegangen. Im ersten Monat ihres Bestehens sind ihr 400 LehrerInnen beigetreten. Noch im Herbst will die UBG einen Streik auch ohne Unterstützung des ÖGB organisieren. Den Schritt der Vorarlberger LehrerInnen hat die GÖD zu verantworten. Mehrfach hat sie sich gegen die Interessen ihrer Mitglieder gerichtet. Ob die Unabhängige Bildungsgewerkschaft hier zu einem positiven Ansatz wird, wird davon abhängen, wie sich linke ÖGB-Fraktionen – z.B. der GLB – zu ihr stellen und davon, ob sich andere Bereiche einbeziehen lassen.



Die Proteste in und außerhalb des ÖGB mehren sich

Alter Arbeitsstress bei "Neuen Technologien"

Green-Card für IT-ExpertInnen

In den letzten Jahren haben die Informationstechnologien (IT) einen enormen Aufschwung genommen. Die Kontroverse um die Einführung einer Green-Card für ausländische Fachkräfte ist auch in Österreich Gegenstand von Diskussionen.

WOLFGANG FISCHER, SLP WIEN MITTE

Seit Beginn der 90er Jahre entwickelten sich Teile der sogenannten "New Economy" in einem atemberaubenden Tempo. Internet- und Telekom-Firmen zählen dabei zu den am schnellsten expandierenden Branchen. In Österreich verzeichnete der Markt für mobile Kommunikation in den letzten 8 Jahren zweistellige Zuwachsraten. Durch dieses Wachstum kam es europaweit zu einem Fachkräftemangel im Bereich der IT.

KAPITALISTISCHE SELEKTION

Vor über einem Jahr begann in Deutschland die Debatte um die Green-Card, einer Sonderarbeitslaubnis für ausländische ComputerexpertInnen. Das Konzept der Green-Card stammt aus den USA, wo jährlich per Losverfahren 55.000 Einwanderungsvisa für eine unbefristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung verlost werden. Die europäische Green-Card-Variante sieht nur eine selektive und befristete Aufenthaltsgenehmigung für ausländische IT-Fachkräfte vor. Schätzungen zufolge fehlen heuer in Österreich zwischen 15.000 und 35.000 IT-Fachkräfte. Der Präsident der Kärntner Industriellenvereinigung, Hermann Hirsch, forderte die Green Card für ukrainische Informatiker.

BILDUNGSMISERE

Vor diesem Hintergrund entlarvt sich die im September 2000 beschlossene Einführung von Studiengebühren. Höhere Bildung wird für immer mehr verunmöglicht. Dementsprechend sinken Aussichten auf halbwegs gute Jobs. Selbst die reichsten Industriestaaten können keine Wirtschaftsplanung im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung bie-

ten. Und das alles auch auf Kosten der ärmeren Länder, denen die IT-Fachkräfte entzogen werden.

Die neuen Technologien haben keineswegs den Himmel gebracht, der versprochen wurde sondern bedeuten für viele Beschäftigte die Hölle.



ENDE DES HÖHENFLUGS

Seit einem Jahr ist die New Economy entzaubert. Eine Serie von Abstürzen der Internet-Börse Nasdaq seit März 2000 brachte den IT-Sektor auf den Boden der krisenhaften Realität zurück. Die Einführung der Telekom Austria an der Börse war ein Desaster - über die "Volksaktie" kann man bestenfalls scherzen.

NACHTEILE FÜR DIE ARBEITERINNEN

Mit der Green-Card soll einerseits dem IT-Sektor die zumindest kurzfristig hohen Profitraten erhalten bleiben. In konjunkturellen Flautezeiten werden die ausländischen Fachkräfte (und nicht nur diese) vor die Tür gesetzt. Der konsequente Rassismus und Populismus der FPÖ wird dann auch bei ÖVP und "der Wirtschaft" wieder beliebter werden. Das ist die heuchlerische Arbeitsteilung der bürgerlichen Parteien.

Für die Kapitalisten sind kontrollierbare

ausländische Dienstnehmer in Zeiten radikalen Personalabbaus leichter zu "entsorgen", da die Einbindung in die hiesige Gewerkschaftsbewegung mehr schlecht als recht sein wird. Überhaupt: die Mehrheit der IT-Arbeitsplätze sind mies bezahlt und erinnern an frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Unsichere Beschäftigung dominiert: ob

in Form der Heimarbeit, des Job-sharing, härtester Akkordarbeit im Call-Center oder Anstellung via Leihfirmen. Nur eine dünne Schicht von ExpertInnen verdient wirklich gut, allerdings nur im Westen und viele von ihnen auch dort nur mit Einschränkungen.

"ROTE AKTION" STATT "GREEN-CARD"

Unser Gegenkonzept: Internationaler Kampf der Flexibilisierung der Arbeit, für das Recht auf volle gewerkschaftliche Organisation, für freien Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt für Alle, gegen die rassistische Spaltung in "gute" und "schlechte" MigrantInnen. Letztlich bleibt nur die Vergesellschaftung auch der "New Economy" unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten. Damit die Unternehmer die verschiedenen Beschäftigten nicht wie Schachfiguren behandeln können. Statt Green-Card eben doch besser "Rote Aktion"!

Eingeständnis gebrochener Versprechen. Die „Vorbereitungen“ auf den EU-Beitritt haben diese Länder nicht zu blühenden Landschaften verwandelt. Der Kahlschlag regiert(e) dort. Das Bruttoinlandsprodukt aller Beitrittswerber (OEML) liegt im Schnitt auf 95 Prozent des Wertes von 1989. Lohndumping findet seit zehn Jahren statt - das Einkommensgefälle zwischen Osteuropa und der EU beträgt heute 7:1.

Man/frau war und ist sich in der EU einig über die Integration der verlängerten Werkbänke im Osten und das Aufbrechen der dortigen Märkte. Doch gleiche Rechte für die Menschen sollen verwehrt werden?

KAMPF DEN SCHREBERGÄRTNERN

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit Fritz Verzetnitsch an der Spitze, hat 59 Millionen Mitglieder. Doch dieser Verein gleicht mehr einer losen Ansammlung von Schrebergärtnern: Die Oberzweige aus den verschiedenen nationalen Gewerkschaften sind völlig in der Standortlogik und Sozialpartnerschaft mit den „eigenen“ Unternehmern

Die neue Post:

Zerschlagung total

Man könnte meinen angesichts dieser Vokabeln geht es um Schlachthöfe. Tatsächlich geht es aber um die Post. Am Anfang wurde die Post in drei Teile, gelbe Post, Telekom und Postbusse zerschlagen, dann kam „Speed“ und weitere Verschlechterungen folgten. Jetzt werden die einzelnen Bereiche nochmals „geschmetzelt“.

KARIN WOTTAWA, SLP WIEN MITTE

Allein im Jahr 2001 wurden bereits 1700 Dienststellen gestrichen, die Anzahl der Postämter ist noch nicht fix. Die Grundlage dafür ist die neue Universaldienstverordnung, die EU-weit eingeführt werden soll. Ziel dieser Dienstverordnung ist die Auslagerung

beispielsweise das örtliche Gasthaus sein, der Wirt als Dein Postler. Besonders unangenehm wird diese Vorstellung angesichts der Tatsache, dass der/die BriefträgerIn, der/die für einen Haushalt zuständig ist, durch die zugestellten Sendungen relativ viel über die Privatsphäre der im Haushalt lebenden Personen weiß. Welche Zeitungen wer-



Die Postbeschäftigten sind das Lieblingsziel für Regierungsangriffe

der meisten Postgeschäfte auf private Anbieter und die Schließung der normalen Postämter, wie es in England bereits Wirklichkeit geworden ist.

Letztlich soll der Post nur der handgeschriebene Brief bleiben. Pakete, Kataloge, Postwurfsendungen etc., sollen an private Anbieter vergeben werden. Diese privaten Zusteller müssen nur gewährleisten, dass sie die von ihnen übernommenen Sendungen in einem Gebiet zustellen. Wie sie das machen, bleibt ihre Sache. Das könnte beispielsweise zur Folge haben, dass es pro Tag mehrere Postzustellungen gibt, und man/frau als KonsumentIn bei persönlichen Sendungen zu mehreren Stellen gehen muss um sie abzuholen, oder aber auch, dass die Zustellung Geld kostet, oder nur einmal in der Woche kommt. Dieser private Anbieter könnte aber auch

den gelesen, von wem kommen Rechnungen etc. - der Wirt als Kenner jeder Familie.

Auch ist zu befürchten, dass sich die bereits bestehenden Mängel in der internen Postabwicklung durch weniger und schlechter geschultes Personal, durch größere Rayons und weniger Postämter noch weiter verschlechtern werden, da durch die neue Dienstordnung noch weitere Kürzungen geplant sind.

Angesichts dieser Radikalzerschlagung liegt es auf der Hand, dass die Regierung und der Postvorstand die Post zur Geschichte machen wollen. Widerstand der Postbediensteten ist mehr als überfällig, die einzige Chance, die eine Totalzerschlagung noch aufhalten kann ist ein Streik, der für die Aufhebung aller bisher gesetzten Maßnahmen kämpft.

Migrationsdebatte und Osteurweiterung

Gleiche Rechte - Gemeinsamer Kampf!

Die „Null-Einwanderungs-Politik der letzten 20 Jahre“ ist nicht mehr durchzuhalten - man/frau müsse eine „Politik der Öffnung“ einleiten, sprach EU-Kommissar Antonio Vitorino einer „neuen Migrationspolitik“ das Wort. Auch Politiker wie Gerhard Schröder und Martin Bartenstein dachten inzwischen laut über das Anwerben ausländischer Fachkräfte nach. Dagegen bildete sich eine merkwürdige Allianz aus Gewerkschaftsführung und Rechtskräften wie der FPÖ.

VON JOHN EVERS, SLP WIEN SÜD

Zeitgleich zu ihren Ansagen über eine „neue Migrationspolitik“, drängen die selben Spitzenpolitiker zur weiteren Abschottung. Gefordert werden bis zu siebenjährige Übergangsfristen bei der Öffnung des EU-Arbeitsmarktes für die osteuropäischen Beitrittswerber. Der ÖGB will überhaupt einer „vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit nur bei Angleichung des Lohn- und Sozialniveaus an den österreichischen bzw. europäischen Durchschnitt“ zustimmen.

NEUE SELEKTION UND NEUE ARMUTSREGIONEN

Die in der EU diskutierte „neue Migrationspolitik“ schließt nahtlos an die bisherige Selektion von MigrantInnen an:

Die Unternehmer holen sich wen sie brauchen. InteressentInnen erhalten nur kurze Beschäftigungsbewilligungen und sind bei Bedarf problemlos abschickbar. Schröder schlägt z.B. eine für nur fünf Jahre befristete „Green Card“ vor. Auch die FPÖ hat mit diesem Ansatz kein grundsätzliches Problem. Sie forderte stets die erweiterte Beschäftigungsmöglichkeit für politisch und sozial weitgehend rechtlose Saisoniers. Gleichzeitig werden Grundrechte in der EU, wie jenes auf Asyl, weiter ausgehöhlt.

Die Forderung nach langen Übergangsfristen für die ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten (OEML) unterstreicht zusätzlich: Es geht nicht um eine „neue Menschlichkeit“ in der „neuen Migrationspolitik“. In Wahrheit ist das Bestehen auf langen Warteschleifen für ArbeitnehmerInnen aus dem Osten, ein

verhaftet. Als einzige konkrete Initiative zur EU-Erweiterung, nennt die ÖGB-Zeitung Solidarität ein jährliches (!) Treffen zwischen Verzetnitsch und den Gewerkschaftschefs der Beitrittsländer. Das wird nicht reichen um die „Lohn- und Sozialniveaus“ anzugleichen! Der ÖGB hat bisher keinen Finger gegen das neoliberale EU-Erweiterungsprojekt, bzw. das Raubrittertum auch österreichischer Unternehmen in Osteuropa gerührt. Tatsächlich zementieren die Begleitmaßnahmen der Osterweiterung das West-Ost-Gefälle, sowie Lohndumping weiter

fest. So werden durch die Politik der EU und die Billiglohnstrategien westeuropäischer Konzerne Migrationsströme hervorgerufen. Gleichzeitig verdammt aber erst das Verwehren von gleichen Rechten am westeuropäischen Arbeitsmarkt, MigrantInnen zur Billigkonkurrenz. Die Interessen unserer KollegInnen außerhalb der EU sind deshalb schon heute in mehrfacher Hinsicht unsere Interessen. Warum? Weil wir die gleichen Gegner haben, denen jede gewerkschaftliche Abschottungsstrategie nur nutzt.



Kronenzeitung: Einmal muß Schluß sein!

Europäischer Staatenbund oder europäischer Bundesstaat: Kann der Kapitalismus Grenzen überwinden?

Europäische Union: Das Europa d

„Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft“ und „Abschwächung der Bedeutung des US-Dollars“, so beschreibt die Bundeswirtschaftskammer die Ziele des EURO auf ihrer Homepage. Sozialdemokraten und Grüne vermarkten diese Ambitionen etwas anders - als Friedensprojekt. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer möchte durch die Integration Europas die französische Revolution vollenden und „Werte aus der Zeit der Aufklärung“ wie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ durchsetzen. Fischers Ziel ist ein „europäischer Bundesstaat“. Die Überwindung des Nationalstaates in Europa, würde die Welt tatsächlich so stark verändern, wie die französische Revolution. Doch sowohl die historischen Erfahrungen, wie auch eine Bestandsaufnahme Europas im Zeichen der Einführung des EUROS zeigen ein anderes Bild.

VON JOHN EVERS

SLP
WIEN SÜD

Während des letzten ernsthaften „Einigungsversuch“ brannte nicht das Licht der Aufklärung, sondern der ganze Kontinent. Mit dem 2. Weltkrieg wollte NS-Deutschland und seine Verbündeten den gesamten Erdteil unter faschistischen Vorzeichen zentralisieren und versklaven. In den folgenden 40 Jahren nach dem 2. Weltkrieg, wurde trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen kein europäischer Bundesstaat geschaffen. Erst durch die „neue Weltordnung“ nach dem Fall des eisernen Vorhanges, scheint man/frau diesem Ziel näher gekommen zu sein. Wird in Zukunft also nach erfolgreicher Überzeugungsarbeit mittels teurer Werbekampagnen die Vernunft statt nationalem Wahn Europa regieren?

KAPITALISMUS UND NATIONALSTAAT

Ein solcher Ansatz verharmlost den 2. Weltkrieg zu einer Art Betriebsunfall - hervorgerufen durch deutsche „Unvernunft“. Doch der 2. Weltkrieg war kein Betriebsunfall. Er war nicht nur ein rassistisch und politisch begründeter Vernichtungsfeldzug gegen den, wie es die Nazis nannten, „jüdischen Bolsche-

sätzlichen Interessen der nationalen Bourgeoisien.

„OFFENER NATIONALISMUS“

Mit diesen Worten beschreibt der grüne Abgeordnete Voggenhuber die Essenz des letzten EU-Gipfel in Nizza. Joschka Fischers Fraktionskollege unterstreicht, was von den Visionen des deutschen Außenministers in der Realität übrig bleibt: „Vor unseren Augen entsteht ein Europa unter der Führung eines Reichsfürstenrates, gespenstisch ähnlich dem an Kleinstaaterei gescheiterten Modell der deutschen Einigung des 17. Jahrhunderts“. Seit dem EURO-Beschluss hat sich die EU „unter das ausschließliche Regime der nationalen Regierungen“ begeben. Es wird „die Kommission geschwächt, das Europäische Parlament demonstrativ kurz gehalten, der Europäische Gerichtshof in den sensibelsten Bereichen für unzuständig erklärt, die Öffentlichkeit sogar von der europäischen Gesetzgebung ausgesperrt“. Der Gipfel in Nizza spitzte sich an der Frage der künftigen Stimmgewichtung in den EU-Gremien zu. Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich lähmten die Debatten: Nichts wurde entschieden, das nächste Mal wird erst 2004 wieder verhandelt. Der Druck der europäischen

Kompetenzen, eine noch stärkere Dominanz deutscher Politik und Wirtschaft. Der Nationalstaat erscheint als die einzige Rückversicherung. Doch nicht nur deshalb wird Schröders Vorstoß abgelehnt. Gleichzeitig schlägt der deutsche Kanzler nämlich auch vor, Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene zurückzuführen, „um den Spielraum für eine eigenständige Regional- und Strukturpolitik der Mitgliedstaaten auszuweiten“.

Dahinter versteckt sich nichts anderes als die sinkende Bereitschaft der deutschen Bourgeoisie rund die Hälfte des EU-Budgets zu bezahlen. Strukturschwächere Regionen in der EU sollen sich selbst überlassen bleiben. Schröders Vorschlag steht voll im Interesse des deutschen Kapitals. Im Widerspruch zum „Stirnrunzeln“ (Spiegel) sozialdemokratischer Regierungen in den nach Deutschland wichtigsten EU-Staaten - Frankreich und Britannien - stehen die innerdeutschen Reaktionen. Der Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestags, Friedbert Pflüger (CDU), sagte, Schröders Ideen gingen „ganz in die Richtung dessen, was in den Unionsparteien seit langem gedacht wird“.



Stimmt! Nur die internationalistische Ausrichtung kommt ein wenig zu kurz!

„EINHEITSFRONT“ GEGEN ARBEITNEHMERINNEN

Die bisherigen Ansatzpunkte der europäischen Integration haben wenig mit den Werten der französischen Revolution zu tun: Das Schengener Abkommen bedeutet eine „Abschottungsunion“ (Standard, 26/27.5. 2001) nach außen und Bespitzelung im Inneren. Eine künftige europäische Armee wird die Aufrüstung und Beteiligung an Kriegen erleichtern. Vor allem betrifft das jene EU-Staaten, in denen das bisher ein Problem darstellte, wie Deutschland und Österreich. Weit fortgeschritten ist die „europäische Integration“ nur beim Kapitalverkehr und Sozialabbau. Bereits am 1.7.1990, also vor mehr als elf Jahren, kam es zur vollen Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der EG/EU. Das war ein Meilenstein im sogenannten „Globalisierungsprozess“ der Weltwirtschaft nach dem

Zusammenbruch des Stalinismus. Mit den freien und unkontrollierbaren Kapitalströmen wurden Angriffe auf alle soziale Errungenschaften begründet. Als entscheidend erwies sich der (zunächst fast überall) fehlende internationale Widerstand gegen diese Entwicklung. Der EURO ist die Ausformung der Globalisierungsdebatte auf europäischer Ebene: Ein Mittel zum Angriff auf die ArbeiterInnenklasse. Der Maastrichter

Amtsantritt einen „New Deal“ für Beschäftigung. Ähnlich wie Kanzler Schröder verkündete er, dass Arbeitslose kein Recht auf Faulheit besitzen. Was das in der Praxis bedeutet, beurteilt die Zeitung „Guardian“ vom 11.5.2000 so: „Der Abstand zwischen Reichen und Armen in Großbritannien nahm während der 90er Jahre weiter zu (...) die Daten vom April 1998 legten dar, dass immer noch ungefähr 3 Millionen Kinder unter



Um die „Zukunft“ Europas berätet sich nicht das europäische Parlament, sondern die einzelnen nationalen Regierungschefs.

Vertrag zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion schreibt Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung fest. Mit dem Amsterdamer Vertrag wurden Ende der 90er Jahre alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele dem Nulldefizit und der Währungsstabilität untergeordnet. Doch das EURO-Konzept und die Folgen dieser Politik sind katastrophal.

EURO-ZIELE BRACHTEN UMVERTEILUNG

1996 beschloss die EU, „die Lohnskala nach unten zu spreizen“. Das soll „mit einer Senkung der Lohnkosten für wenig qualifizierte Tätigkeiten um 20-30%“ geschehen. Weiters sei „eine entsprechende Kürzung der Lohnersatz- und der Sozialleistungen“ erforderlich. Die Financial Times kommentierte am 25. März 2000 den EU-Gipfel in Lissabon und dessen Dokumente zur Wirtschaftspolitik so: „Der Gipfel hat die Sozialpolitik der 80er Jahre hinter sich gelassen.“

Die europäische ArbeiterInnenklasse musste dafür in der 90er Jahren einen hohen Preis bezahlen: Die Lohnquote (Anteil der Löhne an den Gesamteinkommen) sank im vergangenen Jahrzehnt auf 68 %. Sie liegt inzwischen unter dem Wert von Japan und den USA! In jenen Ländern, die für ihre dynamische Entwicklung am meisten gelobt werden, entwickelte sich auch dieser Wert am „dynamischen“: In Irland sank die Lohnquote von 84% (1975) auf 58% (1999) und Spanien von 80% (1975) auf 67% (1999). In sieben von 15 Mitgliedstaaten sackte sie um mehr als 10% ab.

VERHEERENDE BILANZ FÜR „NEW LABOUR“ UND CO.

Wachsende soziale Ungleichheit und immer neue Angriffe sind die Begleiterscheinungen der „europäischen Integration“. Maßgeblich gestaltet wird dieser Prozess von sogenannten „Links“-Regierungen. Deren Vorreiter, Tony Blair in Britannien, beschwor bei seinem

der Armutsgrenze leben, in Familien mit einem Einkommen, das weniger als 60% des Durchschnittseinkommens ist. Der Abstand zwischen Männern und Frauen ist so groß wie nie zuvor.“

18% der EU-Haushalte sind offiziell von Armut betroffen; in Britannien sogar 20%. Auch für Österreich weist der jüngste Armutsbericht 900.000 armutsgefährdete Personen auf. Im reichsten EU-Mitgliedsland Deutschland sorgt der jüngste Reichtums- und Armutsbericht für Debatten: Der Hälfte der deutschen Bevölkerung stehen gerade einmal 4,5 Prozent des Gesamteinkommens zur Verfügung, bis zu 7,5 Millionen Menschen gelten als arm. Gleichzeitig gibt es 1,5 Millionen (D-Mark!) Vermögensmillionäre.

Auch Blairs angeblicher Gegenspieler in der europäischen Sozialdemokratie hat sich in Wahrheit der Umverteilungspolitik verschrieben: „Hinter der sozialistischen Rhetorik, war Jospin ein cleverer Reformist. Der altlinke Jospin hat mehr privatisiert (...) als New Labour's Tony Blair; die öffentlichen Ausgaben wuchsen in Frankreich weniger als in Britannien“ (Financial Times, 25.1.2001)

VOLLBESCHÄFTIGUNG?

Die Vollbeschäftigung ist seit kurzem (einziges) sozialpolitisches Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion. Gerade die sozialdemokratischen Regierungen und Parteiführungen verbuchen das als ihren Erfolg. Tatsächlich wurde die Arbeitslosenrate in der EU in den 90er Jahren nicht wesentlich gesenkt. Einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich zwei Prozent stand ein Beschäftigungswachstum von nur 0,3 Prozent pro Jahr gegenüber. Auch die Qualität der neuen Arbeitsplätze spricht für sich: 1998 waren 40% der neuen Arbeitsverhältnisse in Europa sind befristet und fast 100% auf Teilzeitbasis. Der ÖGB schätzt, dass sich bereits rund 1/3 der Beschäftigten in Österreich im prekären Bereich befindet. Insgesamt

wismus“. Dieser Krieg bedeutete vor allem auch den Kampf um die Beherrschung von Märkten und Rohstoffen zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten.

Dahinter steckt ein Grundwiderspruch des Kapitalismus, der im Extremfall zu Krieg und Vernichtung führt: Die Bourgeoisie agiert zwar europäisch, bzw. international, aber ein Wesensmerkmal des Kapitalismus ist die Konkurrenz. Das Schutzschild der Interessen des Kapitals bleibt auch im globalen Wettbewerb der Nationalstaat. Die EU drückt dieses Dilemma aus: Einem hochintegrierten europäischen Markt steht keine europäische Bourgeoisie gegenüber. Es gibt deshalb auch keinen europäischen Staat mit einem wirkungsvollen Staatsapparat. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen nationalen EU-Regierungen, sind geprägt von der Existenz und den gegen-

Konzerne gegenüber dem amerikanischen und asiatischen Block zu bestehen, forciert gewisse Elemente der europäischen Integration. Aber die zunehmende Dominanz des deutschen Imperialismus und die Angst der wirtschaftlich schwächeren EU-Staaten davor, behindern alle weiteren Integrationsschritte. Vor allem in Frankreich läuten die Alarml Glocken: Französische Medien, Unternehmerverbände und Politiker haben während des Gipfels offen davor gewarnt, dass das Land endgültig seinen „Führungsanspruch“ in Europa verlieren könnte.

SCHRÖDERS VORSCHLÄGE

Der deutsche Kanzler will vordergründig die Stärkung der europäischen Institutionen. Alle anderen wichtigen Staaten Europas, sehen hinter der hier geforderten Abgabe nationaler

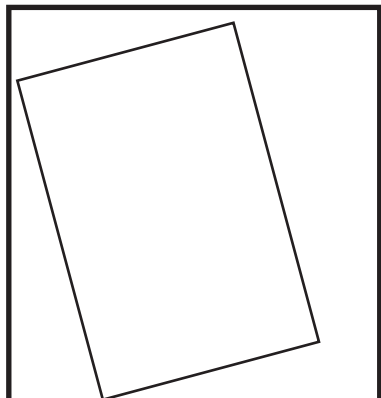
er Kapitalisten

blieb die Arbeitslosigkeit in der EU auf dem hohen Sockel von durchschnittlich zehn Prozent. Das ist doppelt soviel, wie in der Rezession Mitte der 70er Jahre und weist auf grundlegende Strukturschwächen hin.

DER GRUNDWIDERSPRUCH DES EURO

Nur etwas mehr als die Hälfte der EU-Bevölkerung begrüßt die neue Währung. Noch größer scheint die Skepsis bei Anlegern und Spekulanten. Hinter dem mangelnden Vertrauen in die neue Währung verbirgt sich ein strukturelles Problem. So groß der Konsens der EU-Regierungen gegen die Interessen der ArbeiterInnenklasse ist, so unterschiedlich sind der ökonomische Entwicklungsstand und strategische Interessen. Der bereits beschriebene Widerspruch zwischen europäischem Markt und Nationalstaat bedeutet für den EURO folgendes: Europäische Währung ohne europäische Finanzpolitik und Interventionsmöglichkeit in Krisenzeiten.

Das einzige wirklich europäische Entscheidungsgremium ist die völlig undemokratisch besetzte und von niemanden kontrollierte Europäische Zentralbank (EZB). Sie ist „natürlich“ einem neoliberalen Fundamentalismus verpflichtet, der auch gerne von grünen und sozialdemokratischen Politikern wie Oskar



UNTER BELAGERUNG

Diese neue Broschüre des CWI versucht v.a. eine Alternative zum globalen Kapitalismus anzubieten.

xx Seiten A4, ats xx.- inkl. Porto
Zusendung erfolgt nach Überweisung
auf PSK 8812.733 (Name und Adresse
angeben!)

Lafontaine (SPD) kritisiert wird. Die Diskussion und Wirkungslosigkeit der Zinssenkungen in den letzten Monaten kann alleine daraus nicht erklärt werden. Die EU hat mit der EZB tatsächlich keine andere Kompetenz als die Zinsen einen Viertel Prozentpunkt rauf oder runter zu setzen. Alle anderen volkswirtschaftlichen Steuerungsmitteln liegen nach wie vor auf nationalstaatlicher Ebene. In diesem Ungleichgewicht liegt das mangelnde Vertrauen und gleichzeitig künftiger Sprengstoff für die EU begraben. Dieser kann sich bei jedem Konjunkturereinbruch entladen.

MOMENTANE EURO-SCHWÄCHE

Seit seiner Verkündung befindet sich der EURO in der Krise. „Als Hauptgrund für das Abrutschen der Gemeinschaftswährung wurden die schlechten Wirtschaftsnachrichten aus Europa genannt“ (Kurier, 24.5.2001). Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

(DIW) rechnet mit einer Stagnation der Industrieproduktion. „Auch aus Frankreich kamen Zahlen die auf eine Abschwächung des Konjunkturaufschwungs deuten.“ Die Schwäche des EURO ist - und das scheint paradox - die einzige Stärke der europäischen Konjunktur. Die Export-Geschäfte auf Märkten außerhalb der EU wurden durch den schwachen EURO gestützt. Die USA sind für Deutschland inzwischen der zweitwichtigste Absatzmarkt nach Frankreich. Der private Konsum in den USA war im vergangenen Jahrzehnt die wichtigste Konjunkturstütze für die europäische Wirtschaft. Doch: Jetzt drücken „die Auswirkungen der abflauenden US-Wirtschaft auf das europäische Wachstum“ (profil, 30.4.2001). Die Presse vom 29.5 geht bereits von einer Rezession in den Vereinigten Staaten aus. Selbst eine tiefe Krise in den USA kann heute nicht ausgeschlossen werden: „Niemand weiß was passieren wird“ meinte das US-Magazin Business Week. Probleme in den USA können die europäische Wirtschaft in zweierlei Hinsicht betreffen: Entweder es gelingt ein gewisser Abkoppelungsprozess Europas mit der Folge einer EURO-Aufwertung. Damit wäre allerdings der entscheidende Wettbewerbsvorteil der letzten Jahre für die EU zunichte gemacht. Oder die USA würden unmittelbar die EU in eine tiefe weltweite Krise mitreißen. Spätestens dann wäre es aber mit der gemeinsamen Rhetorik der EURO-Staaten vorbei.

INTEGRATION GIBT ES NUR BEI SCHÖNEM WETTER

Die historische Erfahrung zeigt, dass wirtschaftliche Integrationstendenzen immer eine Frage einer positiven ökonomischen Gesamtentwicklung waren. Der Vorläufer zur Wirtschafts- und Währungsunion war das Europäische Währungssystem (EWS). Dieses brach nach einem Konjunkturrückgang 1992 zusammen. Die wirtschaftlich schwächeren Teilnehmerstaaten - wie Italien - hatten damals durch Währungsabwertung die Exportsituation ihrer Volkswirtschaften verbessert. Konkrete Schritte Richtung EURO wurden erst nach einer wirtschaftlichen Erholung in Europa möglich. Gleichzeitig gelang es durch brutale Sparmaßnahmen auch Länder wie Italien, Irland, Spanien, Portugal und Griechenland „eurofit“ zu werden. Doch innerhalb der EURO-Zone bleiben gravierende Unterschiede: Die Einkommen in der reichsten Region sind um 260 Prozent höher als in der Ärmsten. Andere Werte verschlechterten sich sogar: Die „Disparitäten der Beschäftigungsraten zwischen den Regionen (sind) groß und scheinen in den meisten Ländern sogar leicht zugenommen zu haben“ (EU-Bericht: Beschäftigung in Europa 1999). Alleine in Italien klafft zwischen Nord (6% Arbeitslose) und Süd (22,3 %) ein gewaltiges Sozialgefälle - ähnlich wie zwischen West- und Ostdeutschland.

Europa ist weit davon entfernt, einen einheitlichen und stabilen Wirtschaftsraum darzustellen: Die Inflationsrate der Niederlande (5,3%) war im April fast dreimal so hoch wie jene in Frankreich (2%). Auch das Wachstum entwickelte sich seit 1993 völlig ungleichmäßig: Die niederländische Wirtschaft wuchs fast

Mitglieder des CWI bei den Anti-Globalisierungsprotesten in Prag 2000



doppelt so schnell wie jene im Nachbarland Deutschland, die irische sogar sechs mal schneller. Diese ökonomischen Ungleichmäßigkeiten werden in Krisenzeiten stärker hervortreten.

Bisher war die Betätigung der Notenpresse (=Inflation) ein Rettungsanker für strukturschwächere Staaten in Krisenzeiten. Mit dem EURO fällt diese Option weg. Doch welche Möglichkeiten bleiben dann? Doch was ist wenn die Krise kommt? Das EU-Budget beträgt nur 1,27% des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten. Defizite sind auf EU-Ebene übrigens verboten. Gerade 1/3 des Budgets erhält der Strukturfonds. Diese Mittel zum Ausgleich regionaler Unterschiede sollen bis 2006 um 10% gekürzt werden. Der gesamte Druck, in Krisensituationen zu intervenieren, lastet damit auf den nationalen Regierungen. Niedrige Inflation, ausgeglichenes Budget und Defizitabbau sind die Konvergenzkriterien für den EURO. Doch was geschieht wenn sich wichtige EU-Regierungen nach der EURO-Einführung nicht daran halten?

Der EURO wurde ohne Rückfahrticket konzipiert und hat das Schicksal des gesamten Kontinents auf äußerst fragiler Grundlage zusammengefasst. Die ökonomische Schwäche eines Mitgliedslandes bzw. dessen Ausscheren hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gesamtstabilität des EUROS und damit auf die gesamte EU. Eine Krise der griechischen Wirtschaft, vergleichbar mit jener des Nachbarlandes Türkei, würde sofort die gesamte EURO-Zone destabilisieren. Der EU blieben in einem solchen Fall nur: Dem EURO-Verfall zuzusehen, die Kriterien aufzuweichen und zusätzliche Gelder zu mobilisieren. Ein Land, das sich nicht an die Spielregeln hält, aus der EURO-Zone auszuschließen, oder durch rigorose Sparprogramme die ArbeiterInnenklasse des betroffenen Landes für die Krise bezahlen zu lassen.

EU UND EURO SCHÜREN NATIONALISMUS

Das neoliberale EU-Projekt bevorzugt grundsätzlich die letzte Option: Die einzig bisher diskutierte Maßnahme für EURO-Staaten, die sich nicht an die

Konvergenzkriterien halten, sind Strafzahlungen an die EU! Doch solche Maßnahmen sind vor allem eine Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Die Tendenz der nationalen Regierungen die Verantwortung für ihre Politik Richtung Brüssel abzuschieben, hat schon jetzt EU-skeptische Kräfte gestärkt. Großen Unmut und Unsicherheit gibt es in den ländlichen Gebieten Europas, die durch die überall in der EU betriebene Politik für Massentierhaltung und deren Folgen (BSE, Maul und Klauenseuche) vor dem Ruin stehen. Rechte und nationalistische Kräfte gegen die EU haben in den letzten Jahren zu und nicht abgenommen. Mehr noch: Sie sitzen - wie die FPÖ oder die Lega Nord - sogar in einigen europäischen Regierungen. In wichtigen EU-Staaten wie Italien, Belgien, Spanien oder Britannien gibt es starke Desintegrationstendenzen.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Die ArbeiterInnenbewegung braucht eine von EU und Nationalismus unabhängige Position. Die SLP kämpft gegen das EURO-Projekt und seine Auswirkungen. Die EU spaltet Europa. Ihre Projekte - allen voran der EURO - verstärken Ungleichheiten und schüren Nationalismus. Wir treten deshalb für die Auflösung der EU durch internationale Gegenwehr „von unten“ ein.

Die Vereinigung Europas wäre ein historischer Paukenschlag, so wie die französische Revolution. Doch Träger einer solchen revolutionären Veränderung der Gesellschaft ist heute nicht mehr die Bourgeoisie. Es ist die Klasse jener, deren Interessen nicht organisch mit dem Nationalstaat verbunden sind: „Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland“ (Karl Marx). Die Bekämpfung von Nationalismus liegt deshalb im ureigensten Interesse der ArbeiterInnenbewegung.

DIE SLP UND DAS CWI (KOMITEE FÜR EINE ARBEITERINTERNATIONALE) FORDERN:

- * Nein zum Euro, Nein zu den Maastricht-Kriterien. Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne: gegen Deregulierung, Flexibilisierung, und Sozialabbau.
- * Gegen Privatisierung - für Vergesellschaftung der privatisierten Betriebe
- * Massive öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und öffentlichem Verkehr.
- * Kampf der Arbeitslosigkeit: für sofortige Einführung der 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- * Nein zu Nationalismus und Rassismus. Gegen rassistische Gesetze und eine „Festung Europa“: Für ein uneingeschränktes Asyl- und Bleiberecht für die in Europa lebenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge.
- * Nein zu Aufrüstung und „EU-Armee“.
- * Für internationale Solidarität und europaweiten Widerstand von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen
- * Schluss mit dem Chaos der Marktwirtschaft. Demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse der Menschen und nicht für die Profite der Reichen.
- * Für eine freiwillige, demokratische Föderation sozialistischer Staaten von Europa.

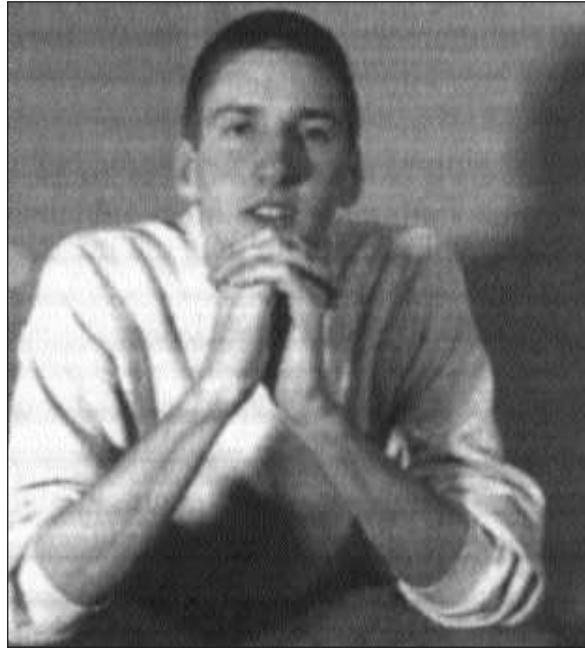
Timothy McVeigh: Verdiente Strafe?

Recht auf Rache?

Zynisch gesehen konnte den BefürworterInnen der Todesstrafe nichts besseres passieren, als das Bombenattentat eines weißen Rassisten, bei dem 168 Menschen in Oklahoma/USA ums Leben kamen. "Wer, wenn nicht Timothy McVeigh, hätte die Todesstrafe verdient?", entgegnet sie den GegnerInnen des staatlichen Sühnemordes.

HARALD MAHRER, SLP-WIEN NORD

Die geplante Hinrichtung von Timothy McVeigh ist aber keinesfalls ein Paradebeispiel für die Anwendung der Todesstrafe in den USA. Timothy McVeigh ist ein untypischer Todeskandidat: Er ist weiß, er ist ein Rassist, er nahm in seinem "gerechten Krieg" den Tod von 19 Kindern als "Kollateralschaden" (Originalton McVeigh) genauso in Kauf, wie seinen



Die Hinrichtung des Oklahoma-Bombers McVeigh als multimedialies Spektakel.

de Periode. Doch was nicht sein darf, ist nicht. Das US-Militär erzieht doch niemanden zum Massenmörder! Der alltägliche Rassismus in den USA, gerade in den Südstaaten wie Oklahoma, hat offenbar nichts damit zu tun, dass ein junger Mann mit einer Bombe 168 Menschen in den Tod reißt, weil er befindet, die Regierung täte zu wenig für "die Weißen".

eigenen Tod.

MEDIENWIRBEL ÜBERTÖNT DIE HINTERGRÜNDE

Rund um die Exekution bricht ein medialer Geifersturm über die Öffentlichkeit herein, in dem Herr McVeigh zum größten Monster aller Zeiten hochstilisiert wird. Seit dem Briefbombenfall ist auch in Österreich bekannt, wie praktisch für die Verantwortlichen des Landes die Ausrede auf einen "irren Einzeltäter" ist. Das Umfeld, in dem McVeigh zum Massenmörder wurde, wird unter einen Teppich aus Medienhysterie und Trivialpsychiatrie gekehrt. Seine Militärzeit, die ihn in den Krieg gegen den Irak führte, beschrieb er als prägen-

SAG MIR WER DU BIST, UND ICH SAG DIR, OB DU STIRBST

Der/die typische TodeskandidatIn in den USA ist nicht weiß und nicht wohlhabend. 42% der etwa 3700 Gefangenen in amerikanischen Todestrakten sind schwarz, obwohl nur 12% der US-Bevölkerung schwarze Hautfarbe haben. Die Wahrscheinlichkeit, für einen Mord an einer/m Weißen die Todesstrafe zu bekommen, ist zehnmal höher als für einen Mord an einer/m Schwarzen. Schwarze, die eineN WeißeN ermorden, werden 6mal häufiger zum Tode verurteilt, als Weiße, die eineN Schwarzen ermordeten. 90% der zu Tode Verurteilten in den USA konnten sich keineN WahlverteidigerIn leisten. Die

PflichtverteidigerInnen sind oft unerfahren und unterbezahlt und deshalb auch nicht sonderlich motiviert.

Ein nicht geringer Anteil von zu Tode verurteilten StraftäterInnen, sind Menschen, denen selbst massiv Gewalt angetan wurde – als missbrauchte Kinder, geschlagene Frauen, oder einfach im Rahmen einer gewalttätigen Gesellschaft. Nicht wenigen von ihnen hätte mit einer gezielten psychiatrischen Behandlung soweit geholfen werden können, dass es möglicherweise gar nicht zu den (dann offiziell "unverständlichen Wahnsinnstaten") gekommen wäre.

Doch in den USA wird mehr Geld für Hochsicherheitsgefängnisse als für Schulen aufgebracht. Es werden Minderjährige ebenso zu Tode verurteilt, wie geistig abnorme RechtsbrecherInnen. Die Todesstrafe soll die Illusion aufrecht erhalten, der Staat hätte eh alles im Griff.

Mit der Todesstrafe sollen Menschen abgeschreckt werden, Menschen zu töten. Die Mordrate liegt aber in US-Bundesstaaten, die die Todesstrafe abgeschafft haben, niedriger als in Staaten mit häufigen Hinrichtungen.

TODESSTRAFE ABSCHAFFEN

Die Todesstrafe ist rassistisch und willkürlich, weil überhaupt nur 1% der Morde in den USA mit der Todesstrafe geahndet werden und Schwarze überproportional oft hingerichtet werden. Die Todesstrafe ist grausam und tritt die Menschenwürde mit Füßen. Sie geht davon aus, dass MörderInnen nicht besserungsfähig sind, obwohl die Rückfallsrate bei Tötungsdelikten nach der Haftentlassung bei geringen 1-3% liegt, weil die meisten Morde in psychischen Ausnahmesituation begangen werden und sich solche Ausnahmesituationen nicht oft wiederholen. Oklahoma hat, gemessen an der Einwohnerzahl, mehr Todesurteile als China. Oklahoma hat die dritthöchste Rate an Fehlurteilen, die aufgedeckt werden konnten. Gerade in diesem Umfeld tritt der größte Massenmörder in Amerikas jüngerer Geschichte auf den Plan. Statt sich an der Hinrichtung eines Mannes zu erregen, sollten vielleicht der Rassismus und die Armut, die Hoffnungslosigkeit und die Gewalt, die im Land der unbegrenzten Waffenlager

Als die Globalisierung nach Österreich kam...

5 Jahre Semperit

Im Semperitwerk Traiskirchen stehen wieder Kündigungen an. Doch im Gegensatz zu 1996 fehlt der öffentliche Aufschrei. Über 4000 Beschäftigte hatte Semperit vor seiner "Privatisierung" und dem Verkauf an den Reifenmulti Continental. Heute sind es gerade noch 1740 - Tendenz weiter fallend.

MICHAEL GEHMACHER, SLP WIEN WEST

In Traiskirchen soll die LKW-Reifenproduktion um 110.000 auf 739.000 und die PKW-Reifenproduktion um 200.000 auf 3,3 Mio Stück gesenkt werden. Von den 1740 Beschäftigten sollen vorerst „nur“ 350 gehen. Damit geht die scheinweise Demontage des Werkes weiter.

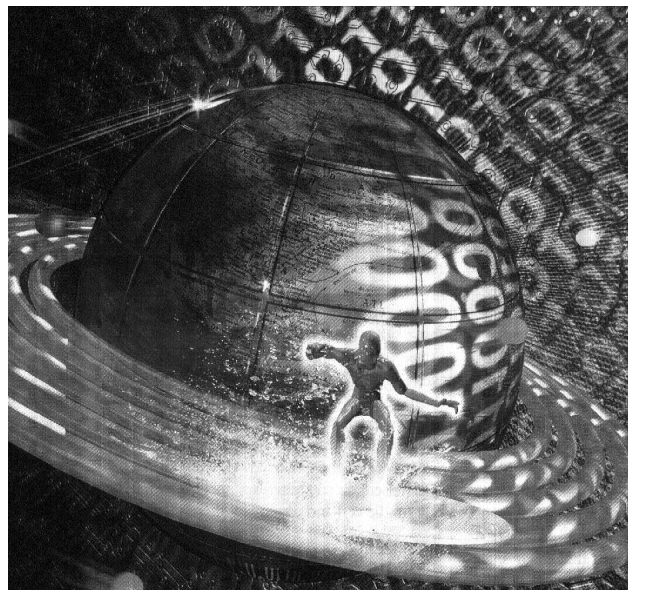
Unterschriftenaktion und das „überparteiliche Komitee rettet die Südbahnregion“ organisierte eine große Kundgebung vor dem Werkstor. Auch damals war der ÖGB froh, dass „nur“ 500 gehen mußten. Continental hatte zuvor ein Reifenwerk in Tschechien gekauft und mit einer größeren Demontage des Werks gedroht.

SCHLAGWORT: GLOBALISIERUNG

Die öffentliche Debatte war auch deshalb so groß, weil in Österreich gerade die Globalisierungsdebatte entbrannte. Das Buch „Globalisierungsfalle“ wurde

EIN RÜCKBLICK

1993 wurde die Entwicklungs- und Forschungs-Abteilung in die Konzernzentrale nach Hannover verlegt. Eine



Mit der Semperit-Krise 1996 hat in Österreich die Globalisierung Einzug gehalten.

g r o ß e Betriebsversammlung wurde von Vranitzky, Verzetnitsch und LH Pröll unter tatkräftiger Mithilfe des Betriebsrates, zu einer Jubelveranstaltung für den kommenden EU-Beitritt Österreichs umgewandelt. 1996 kam dann das böse Erwachen: über 1000 der 2000 Arbeitsplätze wurden von Continental in Frage gestellt. Gehen mußten schließlich 500. Die öffentliche Entrüstung war groß. Regierung, Kronzeitung und ÖGB "mobilisierten" gegen die Konzernleitung. Die großspurige Ankündigung des damaligen LH-Stellv. und ÖGB Chefs von NÖ, Ernst Höger, sich „an die für den Abtransport vorgesehen Maschinen zu ketten“ blieb allerdings aus. Der Betriebsrat initiierte eine

veröffentlicht und erstmals das EU-Parlament gewählt. Die SPÖ glaubte, durch einen nationalen Aufschrei und einer Vorsprache des Bundeskanzlers die Konzernführung beeindruckt zu können. Heute, im Zeitalter der Globalisierung, glaubt niemand mehr an ein "Primat der Politik über die Wirtschaft". Wer heute öffentlich „Skandal“ schreit, der müßte auch handeln. Das dürfte ein Grund für das jetzige Schweigen von SPÖ und ÖGB sein. Und noch etwas hat das Beispiel Semperit gezeigt: Mit Standortlogik und Sozialpartnerschaft ist kein Weiterkommen mehr. Unsere Antwort auf die Globalisierung muss daher die Globalisierung des

Keine Abo-Karte mehr?

Du kannst uns auch fernmündlich bzw. fernschriftlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

- WIEN-MITTE:** Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
- WIEN-SÜD I:** Jd. Dienstag um 19 Uhr in der "Bunten Kuh", 5, Ecke Zentag./Siebenbrunneng.
- WIEN-SÜD II:** Jd. Freitag um 19 Uhr Cafe Schlupfwinkel, 4, Kleine Neug.10
- WIEN-WEST:** Jd. Mittwoch um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14
- WIEN-NORD:** Jd. Freitag um 20 Uhr "Ess'n&Trink'n", 20, Jägerstr. 38
- SONNTAGS-ORTSGRUPPE:** Jd. 3. Sonntag um 16 Uhr Cafe Schlupfwinkel, 4, Kleine Neug.10

INITIATIVE SOLIDARITÄT: siehe Termine

FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im Juni:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

20.6: Globalisierung in Margareten: Widerstand global und lokal

um 19.00 in Margareten, in der VHS-Stöbergasse, gemeinsam mit GLB und den UnterstützerInnen der ÖDP in Österreich

- 20.6. „NEUE BILDUNGSGEWERKSCHAFT“** SLP-WIEN-WEST
- 23.6. KUNDGEBUNG VOR DER MAIRO-KLINIK** (siehe Seite 6)
- 25.6. VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR DIE ANTI-WEF-DEMO IN SALZBURG:** 19.00 Amerlinghaus
- 26.6. "ENTRISMUS" DIE ARBEIT IN MASSENARBEITERINNENPARTEIEN "** SLP-WIEN-SÜD I
- 27.6. „KRTIKERINNEN DES NEOLIBERALISMUS“** SLP-WIEN-MITTE
- 29.6. "MAIRO - KAMPAGE ZUR VERTEIDIGUNG DES RECHTS AUF ABTREIBUNG"** SLP-WIEN-NORD & SÜD II & SLP-FRAUENSTAMMTISCH

Ausnahmsweise im Sperlhof: 2, Große Sperlg./Ecke Pfarrg.

- 1.7. AUF NACH SALZBURG - Demonstration gegen das WEF-Treffen**
- 21.7. AUF NACH GENUA - Demonstration gegen den G7/8-Gipfel**

Neuigkeiten

aus dem CWI

Die SLP ist Mitglied im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI/CIO. Das CWI hat Sektionen und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

BRITANNIEN II

Wahlhilfe für Tories

Die sogenannten Rassenunruhen in Oldham und Leeds haben sich als willkommene Wahlhilfe für die Tories entpuppt. Tatsächlich waren es nicht wütend randalierende asiatische Jugendliche, wie die Presse es darstellt, sondern asiatische Jugendliche und ArbeitnehmerInnen, die sich gegen rassistische und faschistische Übergriffe wehrten. In Oldham hatten Faschisten von der "National Front" Frauen und Kinder angegriffen, die Polizei wurde gerufen, kam aber nicht. Als sich die Menschen in Oldham dann gegen die Nazis organisierten, war plötzlich genug Polizei da um zu provozieren und zu prügeln. Einige Tage später in Leeds das selbe Spiel. Eine ungewöhnlich brutale Festnahme eines asiatischen Jugendlichen, die Bevölkerung wehrt sich, die Polizei prügelt. Die Socialist Party, die britische Sektion des CWI, ist seit Jahren gegen die rassistischen Übergriffe der Polizei ebenso aktiv wie gegen die Aufmärsche der Nazis. Das Recht auf Asyl und die Beseitigung aller diskriminierenden Gesetze waren daher auch Bestandteil des Wahlkampfes der SP.

Britannien II

Wahlerfolge für Linke

Bei den Wahlen in Britannien hat New Labour zwar gewonnen - aber die 283 KandidatInnen, die links von New Labour kandidierten, erhielten zusammen 186.573 Stimmen. In Schottland kandidierte die Scottish Socialist Party, in England und Wales die Socialist Alliance und Scargills Socialist Labour Party. Die Schwesterpartei der SLP, die Socialist Party, trat mit 11 KandidatInnen als Teil der Alliances an und mit zwei unabhängigen Kandidaten. Das beste Alliance-Ergebnis Englands erhielt Dave Nellist von der SP mit 7,5 % (2638 Stimmen). Die SWP, die die Alliance dominiert, ignoriert das allerdings in ihrer Aussedung. In Schottland traten 5 Mitglieder des CWI auf der Liste der SSP an und erhielten zwischen 2,1 und 6,3%. In Oldham, wo keine linke Alternative antrat, erhielt die faschistische BNP rund 11%. Eine genauere Analyse lesen Sie im nächsten Vorwärts.

Slowakei

Staat für Faschisten?

Mario Bango, ein junger Roma, sitzt in der Slowakei im Gefängnis, weil er seinen Bruder gegen einen Nazi-Angriff verteidigt hat. Wie gegen Roma und Sinti, so geht der slowakische Staat auch gegen RegimekritikerInnen vor. Die Solidaritätsdemonstration für Mario am 10. Juni in Bratislava wurde von den Behörden untersagt, die Kundgebung an einen anderen Ort verlegt. Trotzdem demonstrierten AntifaschistInnen aus der slowakischen und tschechischen Republik sowie aus Österreich. Die Nazis, die linke und Roma angreifen und

Italien

Die Rechte im Aufwind

Knapp gewann Berlusconi rechtsaußen Wahlbündnis "Haus der Freiheiten" mit 48,5% die italienischen Parlamentswahlen. Österreichische KommentatorInnen ergingen sich in Spott, dass die EU-Regierungen nun nicht auch gegen Italien "Sanktionen" verhängen.

PHILIPP FLEISCHMANN,

SLP
WIEN MITTE

Der "Tabubruch" durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ hat neue Seilschaften entstehen lassen. ÖVP-Generalin Rauch-Kallat unterstützte schon während des Wahlkampfes offen Berlusconi.

Bürgerliche Politiker benutzten die "Sanktionen" als Schaukampf gegen den Rechtsextremismus. Sie versuchten, ihr Image aufzupolieren, indem sie sich an der FPÖ rieben. Wie absurd diese Kritik werden kann, zeigt Belgiens Ministerpräsident, wenn er sagt: "Mussolini ist eben nicht Hitler", um das Ausbleiben von Sanktionen gegen Italien zu erklären.

Zahnlos war der Charakter der Sanktionen: Kein Händeschütteln, kein Familienfoto. Beim G8-Mitglied Italien leistet sich die EU keine derartigen taktischen Geplänkel mehr. Die österreichische Regierung konnte sich durch die Opferrolle stabilisieren. Die Einbindung der extremen Rechten ist zum Gutteil von der EU-Bourgeoisie und ihren Strategen akzeptiert.

ITALIENISCHE WOCHEN

Bereits 1994 gab es eine Regierung Berlusconi. Die geplanten Einschnitte ins Pensionssystem provozierten einen Generalstreik. Nach einer Großdemo mit 1,5 Mio. TeilnehmerInnen wurde ein zweiter Streiktag angekündigt. Am

Abend davor gab Berlusconi gegenüber den Gewerkschaften klein bei.

Das war eine Niederlage für die Regierung. Die Lega Nord sprengte das Bündnis. Die Regierung brach nach 220 Tagen Amtszeit zusammen. Hunderttausende Menschen feierten spontan auf den Straßen. Das sogenannte "Mitte-Links-Bündnis" (Ulivo) bildete ab 1996 die Regierung. Das Hauptziel: die EURO-Kriterien. Die Folgen: Massensteuern rauf, Sozialleistungen und Reallöhne runter.

DIE WICHTIGE ROLLE DER RC

Zuerst unterstützte die Rifondazione Comunista (RC) die Regierung, doch Spannungen kamen auf. Die kämpferischsten Schichten der italienischen ArbeiterInnenklasse sehen sie als Ihre Partei. 1997 hielt sie ihre Unterstützung der neoliberalen Ulivo-Regierung noch aufrecht. Mit dem Budget für 1998 konnte die RC ihren Kurs nicht mehr halten. Die Mehrheit der Partei beschloss, die Unterstützung zurückzuziehen, ein Teil der Führung spaltete sich nach rechts ab.

Der "Ulivo" nützte seine organische Verbindungen zu den Gewerkschaften, um diese stillzuhalten und damit ihre Kürzungspolitik durchzubringen. Das war von vornherein abzusehen. Durch ihre Politik schaffte die Führung der RC unberechtigte Illusionen in diese Regierung und diskreditierte sich in den Augen vieler als linke Opposition.

Gangsterkapitalismus in Osteuropa

Massenproteste in der Ukraine

Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, ist seit Monaten Schauplatz wütender Demonstrationen. Im Mittelpunkt stehen Korruption und die Politik des amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma. Ausgangspunkt für die Proteste quer durch alle Bevölkerungsschichten war die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadse. Allem Anschein nach soll er direkt auf Befehl des Präsidenten endgültig zum Schweigen gebracht worden sein.

MARGARITA DÖLLER,

SLP
WIEN NORD

Beweise für die Verbindung zwischen dem Tod von Gongadse und Kutschma wurden von Alexander Moros, Führer der "Sozialistischen Partei" (SP), an die Öffentlichkeit gebracht. Dabei ist die Ermordung Gongadses selbst nur einer von fünf „mysteriösen“ Todesfällen von Journalisten in den letzten drei Jahren. Und auch sie sind nur die Spitze eines Eisbergs aus Korruption und Repression gegen Oppositionelle.

POLITIK DES IWF

Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank übten massiven Druck auf Kutschma in den vergangenen Jahren aus. So wurde der pro-imperialistische und neo-liberale Viktor Juschtschenko zum neuen Premierminister ernannt, um die Zahlungen des IWFs zu sichern. Als Gegenleistung für ihre Kredite fordert der Westen und seine Institutionen (Weltbank, IWF etc.) rigorose „Struktur-anpassungsprogramme“. Was soviel heißt

wie dass ehemalige Staatsbetriebe, die nicht privatisiert werden können, zunehmend stillgelegt werden. Dazu wird dann noch gefordert, die Staatsausgaben drastisch zu senken. Übersattet wird das Ganze durch eine immer stärker ausufernde Korruption, die einen großen Teil dieser Gelder verschlingt. Als Folge dieses Gangsterkapitalismus werden immer mehr Menschen in tiefe Armut gedrängt. Die anfängliche Euphorie nach dem Kollaps des Stalinismus hat sich in Enttäuschung und Wut über die herrschende Situation verwandelt.

PROTESTE, WER GEGEN WEN?

Juschtschenko ist Mitglied der Partei „Batkivschina“, die zusammen mit der SP den "Ukraine ohne Kutschma"-Block bildet. Er trieb im Sinne von IWF und Weltbank die Privatisierungen im Land voran. Anfang dieses Jahres wurde Juschtschenko vom Parlament jedoch abgewählt und von Kutschma verabschiedet, weil er in ihm eine zunehmende Bedrohung sah. Den vorläufigen Höhepunkt der Demon-

strationen bildete das Camp, das mitten in Kiew errichtet und am 9. Mai von der Regierung gewaltsam abgebrochen wurde. Mittlerweile wurde die Bewegung auch von reaktionären Kräften benutzt. Unter den 200 Verhafteten befanden sich viele Mitglieder der faschistischen Organisation UNSO-UNA, die zuvor linke DemonstrantInnen angriffen. Neben ihr beteiligte sich die SP, Batkivschina, die progressive sozialistische Partei (alle drei sehen in Juschtschenko eine Alternative) und die ukrainische Sektion des CWI - Robitnichi Sprotiv Robitnichi (=Widerstand der ArbeiterInnen) - an den Protesten. Die stärkste Fraktion, die Kommunistische Partei, hatte weder ein Programm noch klare Slogans, den sie vertreten konnten.

Parteien des Rechtsbündnisses kamen bei den Wahlen 1996 in Summe auf 52%. Sie haben ca. 1,1 Mio. Stimmen verloren. Das "Haus der Freiheiten" steht auf wackeligem Fundament. Zum Beispiel widerspricht der Regionalismus der Lega Nord dem Zentralismus der post-faschi-



Silvio Berlusconi:
Medienzar,
Entertainer,
Multimillionär
und jetzt wieder
italienischer
Regierungschef.

TeilnehmerInnen gipfelte.

WACKELIGES FUNDAMENT

Die Rolle von "Mitte-Links" wird wohl durch den vor wenigen Tagen geäußerten Wunsch des italienischen Industriellenverbands, dass "die Opposition loyal mit der Regierung kooperieren" soll, sehr gut zusammengefasst. Ginge es nach ihm, sollten die Pole "Mitte-Links" und "Mitte-Rechts" ähnlich wie in den USA in ein Gleichgewicht gebracht werden: "Mitte-Links" kann die Gewerkschaften beruhigen, "Mitte-Rechts" betreibt radikaleren Kahlschlag, riskiert aber große Protestbewegungen wie 1994. Vielleicht steht Italien jetzt wieder am Anfang einer solchen Bewegung. 48,5% für die Regierung sind kein guter Polster. Die

stischen AN.

ÜBERWINDUNG DER ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT

Die Behauptung, die RC hätte durch ihre Eigenkandidatur den Sieg des "Ulivo" verhindert, ist falsch. Im Gegenteil: Die Unzufriedenheit mit dem Ulivo hat vor allem zu Orientierungslosigkeit auf der Linken geführt. Der Fehler der RC war, die erste Ulivo-Regierung zu unterstützen, anstatt vor den absehbaren Entwicklungen zu warnen und so der heutigen Orientierungslosigkeit vorzubeugen. Eine konsequente sozialistische Opposition ist nötig. Die RC könnte sich zu einer solchen entwickeln; wenn sie es schafft, nicht nur eine Basisopposition zur Regierung zu sein, sondern die



Demonstration
gegen den
Präsident
Kutschma in
Kiew.

strationen bildete das Camp, das mitten in Kiew errichtet und am 9. Mai von der Regierung gewaltsam abgebrochen wurde. Mittlerweile wurde die Bewegung auch von reaktionären Kräften benutzt. Unter den 200 Verhafteten befanden sich viele Mitglieder der faschistischen Organisation UNSO-UNA, die zuvor linke DemonstrantInnen angriffen. Neben ihr beteiligte sich die SP, Batkivschina, die progressive sozialistische Partei (alle drei sehen in Juschtschenko eine Alternative) und die ukrainische Sektion des CWI - Robitnichi Sprotiv Robitnichi (=Widerstand der ArbeiterInnen) - an den Protesten. Die stärkste Fraktion, die Kommunistische Partei, hatte weder ein Programm noch klare Slogans, den sie vertreten konnten.

Robitnichi Sprotiv Robitnichi drückte sich als eine der Einzigen klar gegen Kutschma UND Juschtschenko als Vertreter eines anderen Gangster-Flügels aus. Es geht nicht darum, wie sooft augenscheinlich das „kleinere Übel“ zu wählen, sondern eine echte Opposition in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei aufzubauen. Dazu gab es bereits erste erfolgreiche Gespräche mit anderen linken Organisationen. Zunehmende Armut, Korruption und ein Ansteigen faschistischer Tendenzen sind kein ukrainisches Phänomen, sondern an allen Ecken und Enden der Welt festzustellen. Sie sind vielmehr Ausdruck des Kapitalismus als ein Gesellschaftssystem, das nicht in der Lage ist, den Menschen ein Leben in Wohlstand und Frieden zu gewährleisten.

Universitäten: Kommt der Boykott?

Der KSV ist kämpferisch in den ÖH-Wahlkampf gegangen: Nur unter der Bedingung eines Boykotts der Studiengebühren würde er eine linke Koalition unterstützen. Am 8. Juni haben GRAS, VSStÖ und KSV ihr Koalitionsabkommen präsentiert. Kommt jetzt der Boykott?

KEN HORVATH, SLP WIEN SÜD

Nach der schweren Niederlage der Aktionsgemeinschaft (ÖVP) liegt es jetzt an den linken ÖH-Fraktionen, ihre Kampfbereitschaft unter Beweis zu stellen. Die GRAS hat sich schon im Wahlkampf der Forderung des KSV angeschlossen und sich für einen Boykott der Studiengebühren ausgesprochen.

BOYKOTT ODER TREUHANDKONTO?!

Das Boykott-Modell, das dabei im Raum steht, ist ein „Treuhandkonto-Boykott“: StudentInnen zahlen die Studiengebühren auf ein Treuhandkonto ein. Sobald ein bestimmter Anteil aller StudentInnen dies getan hat, „gilt“ der Boykott. Sollte bis zum Stichtag das Quorum nicht erreicht sein, wird das Geld ans Ministerium weitergeleitet – ein Boykott bleibt aus und alle StudentInnen sind normal inskribiert.

Dieses Modell zeigt eine Tendenz, die in Österreich vorherrschend ist. Die Illusion, Kämpfe könnten rechtlich wasserdicht und trotzdem erfolgreich sein. Dieser Auffassung liegt die Vorstellung eines „neutralen Rechtsstaates“ zugrunde. Den gibt es nicht – sobald die bürgerliche Ordnung erschüttert wird, muss der Staat mit Repressalien antworten, ob diese rechtlich gedeckt sind oder nicht. Kämpfe sind nun mal Kämpfe. Und Kämpfe sind unbequem.

Tatsächlich herrscht eine gewisse Angst vor einer Zuspitzung vor: die notwendige Masse an StudentInnen könnte abgeschreckt werden. Das vorgeschlagene Modell ist generell auf eine sehr breite Unterstützung angewiesen. Die ÖH-Führung hat sich eine hohe Latte gelegt:

ab 30.000 StudentInnen wird boykottiert. Dies sind etwa 25% der voraussichtlich Inskribierten. Die Wahlbe-

teiligung bei den ÖH-Wahlen war nur unbedeutend höher. Wie dieses Ziel auf den ersten Schritt erreicht werden soll, bleibt unklar.

OFFENE FRAGEN

Überhaupt bleiben einige Fragen offen.

- Was ist etwa, wenn insgesamt weniger StudentInnen als vorgesehen boykottieren, an einzelnen Instituten aber mehrheitlich nicht bezahlt wird? Sowenig wie 30.000 StudentInnen exmatrikuliert würden, würde ein gesamtes Philosophie-Institut lahmgelegt.

- Was soll über den organisatorischen Teil des Boykotts hinaus passieren? Wird es Demonstrationen und HörerInnenversammlungen geben? Internationale Erfahrungen zeigen, dass für den Erfolg eines Boykotts eine Massenmobilisierung

unumgänglich ist. Bisher hat keine Unifraktion aber auf eine solche gesetzt. Im Gegenteil, ihr Modell geht einer solchen aus dem Weg.

- Wie sollen demokratische Strukturen sichergestellt werden? Derzeit würde die ÖH ohne „Rücksprache“ und Kontrolle darüber entscheiden, ob mein persön-

der Schulen hat seine Kampfbereitschaft mehrfach gezeigt.

UNTERSTÜTZUNG DER LEHRENDEN!

So konnte die Gewerkschaftsführung Kampfmaßnahmen von LehrerInnen nur mit bürokratischen Finten verhindern. Dabei ist sie einigen einen Schritt zu weit

ge Drohung: die Abschaffung des BeamtInnenstatus für 120.000 LehrerInnen.

Soll der Kampf gegen Studiengebühren langfristig erfolgreich sein, muss er in einen breiten Zusammenhang eingebettet sein. Er muss Teil eines gemeinsamen Kampfes gegen die gemeinsame Ursache von Verschlechterungen sein: den neoliberalen Umbau. Im Bildungsbereich zeigt sich dieser in seiner ganzen Vielschichtigkeit, zeigen sich sowohl ideologische als auch gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aspekte. Recht leicht können hier Gruppen gegeneinander ausgespielt werden – SchülerInnen gegen LehrerInnen, Pflichtschulen gegen Gymnasien.

Doch in kaum einem Bereich liegt derzeit mehr kämpferisches Potential. Der Kampf gegen Studiengebühren und die Proteste der Lehrenden sind handgreifliche Beispiele dafür, dass auch in Österreich Kämpfe entflammen können. Wo auch immer diese beginnen mögen: für ihren



licher Boykott fortgesetzt wird oder nicht.

GEMEINSAM STATT EINSAM

Die Sozialistische Linkspartei wird einen etwaigen Boykott natürlich mittragen. Wir werden uns dabei unter anderem für demokratische Strukturen und Massenmobilisierung stark machen. Und für einen weiteren Punkt: den gemeinsamen Kampf mit anderen, speziell mit den Lehrenden. Gerade an der Uni wurde hier bisher in eine andere Richtung gearbeitet. So enthält das AG-Bildungsbegehren klar lehrendenfeindliche Forderungen. Der VSStÖ unterstützt es trotzdem nach wie vor.

Ein gemeinsamer Kampf im Bildungsbereich hätte enorme Sprengkraft. Das Lehrpersonal sowohl der Unis als auch

gegangen: in Vorarlberg hat sich die Unabhängige Bildungsgewerkschaft gegründet. Sie arbeitet außerhalb der GÖD (=Gewerkschaft Öffentlicher Dienst), Chancen für den Aufbau einer kämpferischen Opposition innerhalb des ÖGB haben die InitiatorInnen nicht gesehen. Fast 10% der Vorarlberger LehrerInnen haben sich der UBG bereits angeschlossen und unterstützen damit die Zielsetzung, noch im Herbst einen „wilden“ Streik zu organisieren. (siehe Artikel Seite 2!).

Auch an der Uni ist ein Kampf letztlich an der GÖD-Führung gescheitert. Sie spielt mit ihrer Politik der Regierung in die Hände. Nur wenige Tage, nachdem die Gewerkschaft dem undurchsichtigen Kompromiss beim Unidienstrecht zugestimmt hat, kam die nächste blauschwar-

SLP GOES WORLD WIDE WEB!

Du findest unsere website unter:

www.slp.at

Die Sozialistische Linkspartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.